

— Zum Kaisersthloß des „Vorwärts“ schreibt die „Nordd. Allg.“: „Der „Vorwärts“ hat unter der Ueberschrift „Die Kaiserinsel“ eine phantastische Erzählung veröffentlicht, wonach die Insel Pichelswerder von der Krone angekauft werden soll, um ein kaiserliches Familiensthloß aufzunehmen. Die Einzelheiten, womit dieses Märchen ausgekündigt wird, streichen an Überiviv. Wir können mitteilen, daß die ganze Sache mahgebenden Ortes als eine lächerliche Hundstagsgeschichte bezeichnet werden ist.“ — Die „Germania“ bemerkt dazu: „Inzwischen hat der „Vorwärts“ seinen Zweck, die Arbeiter gegen die Krone aufzuheben, erreicht. Und mit solchen Elementen sollen bürgerliche Parteien bei den Wahlen zusammengehen? Auch dieser Plan freist an Überiviv.“ Mit beiden Ausführungen hat die „Germania“ sehr recht. Dass das aufsehen dem „Vorwärts“ die Hauptfahne war, haben wir schon in Nr. 187 geäußert.

Oesterreich-Ungarn.

— König Eduard von England wird am 31. d. M. in Wien eingetragen. Der Kaiser und die Erzherzöge werden den König auf dem Franz Joseph-Bahnhof begrüßen. Abends findet ein Prunkwahl, am 1. September eine Festvorstellung in der Hofoper, am 2. September ein Jagdausflug in die Wiener Umgegend und abends eine Festvorstellung im Burgtheater statt. Am 3. September erfolgt die Abreise nach London.

— Nun fangen auch noch die Tschechen an, eine Teilung der Armee nach Nationalitäten zu fordern. Die „Klarod. Listy“ schreibt: „Anfolge der Kämpfe in Ungarn erscheint der Weg gebahnt, auf welchem die Armee durch ihre Annäherung an die Völker, aus denen sie besteht, modernisiert werden soll.“

— Über die Sprachenfrage in der ungarischen Armee gehen die Meinungen mehr und mehr auseinander, irgend eine bestimmte Richtung, in der sich die Angelegenheit entwickele könnte, ist nicht zu erkennen.

— Aus Braunau (Oberösterreich) wird eine ganz ungewöhnliche Leistung gemeldet. Dort hatte am 19. Juli der katholische Verein ein Familienfest in einem zu dem zweiten belegten Garten. Bei der Kaiserhymne blieben etliche italienische L. und L. Jäger mit ihren Mützen auf dem Kopfe sitzen und erhoben sich nicht, nahmen auch die Kopftedung nicht ab trotz Aufforderung der Anwesenden. Der Vorstand des Vereines, Buchdrucker J. Stumpf, ging nun energisch vor und verwies den Soldaten das Votum. Wegen dieses Vorgehens wurde J. Stumpf wegen Beleidigung der Kaiserjäger angeklagt und am 17. August vom Bezirksgericht Braunau zu zehn Tagen Arrest mit hartem Lager verurteilt. Einen sonderbaren Eindruck auf die Zuhörer der Verhandlung machte die Auseinandersetzung der L. und L. Jäger, daß sie unter Kaiserlied nicht kennen. — Die „Reichspost“ bemerkt zur Sache: „Herr Stumpf wird seine Strafe mit dem Bewußtsein antreten, daß österreichisch und kaisertreu zu handeln und zu führen in Oesterreich sehr schwer ist.“

— In Bosnien (Kroatien) wurde am 18. d. M. aus Anlaß des Geburtstages des Königs auf dem Eisenbahnhof die ungarische Flagge gehisst. Die Volksmenge riß die Fahne herab. Als die Gendarmerie dies verhindern wollte, kam es zum Handgemenge, bei dem die Gendarmen von ihren Schußwaffen Gebrauch machten. Zwei Bauern wurden hierbei erschossen, sowie sieben Personen schwer und 20 leicht verletzt. — Aus Anlaß der Vorfälle in Bosnien kam es am gleichen Abend in Agram zu Kundgebungen. Kavallerie mußte die Straßen säubern, worauf erst Ruhe eintrat. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Serbien.

— Der König stellte am 18. d. M. dem Offizierkorps den Kronprinzen vor und sagte dabei, er sei überzeugt, daß alle nur ihm in diesem feierlichen Augenblick nur von den Geschichten wahrer Vaterlandsliebe durchdrungen seien. Er sei glücklich, den Thronfolger in den Kreis so ausgezeichneten Söhnen Serbiens einzuführen zu können, und hoffe, daß die Söhne seinen Sohn mit derselben Liebe empfangen würden, mit der er ihnen denselben übergebe. Kriegsminister Solarowitsch erwiederte im Namen des Heeres, alle seine Kameraden seien erfreut, den klüglichen König in ihren Reihen zählen zu können, und hofften, daß er sie auf den Weg des Ruhmes führen werde.

Türkei.

— Im Kreise Agostos im Vilajet Saloniki sind vier türkische und griechische Dörfer von Varden gebrandschatzt und geplündert worden. Monatsspeisen melden, daß im Vilajet Saloniki neuerdings 16 Kavalleriebataillone 2. Klasse und im Vilajet Nestubl 7 Kavalleriebataillone mobilisiert werden. Am Engpass von Selenico hat ein größerer Kampf stattgefunden. Die Verbände sollen auf beiden Seiten erheblich sein. Die Telegraphenverbindungen von Selenico nach Nestubl und Kavala sind gestört. — Nach den letzten türkischen Angaben scheinen gegenwärtig drei Zentren für die Vardenbewegung im Vilajet Monastir zu bestehen.

Bulgarien.

— Da wegen der Ereignisse in Mazedonien die Stimmung im Hause wie in der Zivilbevölkerung immer kriegerischer wird, bat der Ministerrat den Fürsten Ferdinand dringend ersucht, sofort zurückzukehren, da seine Anwesenheit angeblich der Lage unbedingt notwendig sei. — Das offizielle Organ in Sofia erklärt, daß bei der raschen Entwicklung des mazedonischen Aufstandes die Bemühungen der bulgarischen Regierung, durch Herstellung möglichst freundlicher Beziehungen zur Türkei eine Sicherung der Lage der Mazedonier zu erzielen, vergeblich erscheinen. Trotzdem aber dürfte Bulgarien sich nicht in kriegerische Abenteuer stürzen, sondern eine Verbesserung der Zustände in Mazedonien nur mit Hilfe der Mächte erstreben.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1902.

Der umfangreiche Bericht darüber ist im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands — Nr. 33 vom 15. August — erschienen. Wir entnehmen ihm:

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände stieg von 677 510 im Jahre 1901 auf 733 206 im Jahre 1902. Die Mitgliederzahl der einzelnen zentralisierten Verbände ist jetzt: Metallarbeiter 128 842, Maurer 82 223, Holzarbeiter 70 390, Bergarbeiter 41 894, Textilarbeiter 38 158, Fabrikarbeiter 33 640, Buchdrucker 33 309 (Buchdrucker Elsass-Lothringen 751), Zinner 24 502, Schuhmacher 20 583, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 19 713, Schneider 18 680, Tabakarbeiter 17 833, Bauer 16 193, Weber 14 303, Wasenarbeiter 13 832, Brauer 13 189, Buchbinder 10 207, Töpfer 8627, Porzellanarbeiter 8245, Steinarbeiter 8000, Lithographen 7655, Schmiede 7244, Gemeindebetriebsarbeiter 6127, Waschmännchen und Heizer 6070, Böttcher 5736, Glasarbeiter 5613, Bäcker 4760, Tapetierer 4735, Steinseher 4424, Ledearbeiter 4330, Bildhauer 3918, Werkarbeiter 3749, Sattler 3560, Kupferschmiede 3513, Hutmacher 3232, Handzuhmacher 2987, Dachdecker 2974, Glaser 2772, Seelenleute 2598, Stukkateure 2553, Schiffsgimmerer 2002, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 1996, Müller 1992, Glasmalergesellen 1978, Handlungsgesellen 1770, Fleischer 1577, Schreinere 1562, Vergolder 1171, Mürschner 1311, Zigarrensortierer 1120, Konditoren 982, Lagerhalter 842, Zimmler 537, Barbiere 500, Wasenre 388, Bureauangestellte 371, Gärtner 312, Hornist 289, Roteufeler 289.

Das Verhältnis der in Centralverbänden Organisierten zur Gesamtzahl der Berufsangehörigen ergibt sich aus folgenden Zahlen: In 60 Centralverbänden waren 7:33 206 organisiert bei einer Gesamtzahl der Berufsangehörigen von 5 016 293; es folgt daran, daß nur 14,42 Proc. aller Arbeiter organisiert sind.

Das Vermögen der Centralverbände ist von weniger als einer halben Million im Jahre 1891 auf 10¹¹ Millionen im Jahre 1902 angewachsen. 11 097 744 M. Einnahme, 10 065 528 M. Ausgabe und 10 231 559 M. Kostenbestand entfallen auf die gewerkschaftlichen Centralverbände.

Ein Bild vom gegenwärtigen Bestand aller Arten gewerkschaftlicher Organisation gibt folgende Tabelle:

	Mitgliederzettel		mit	
	1901	1902	Jahre zu zur Zahl 1902	Stellen mit 1902
Zentralverbände (tot.)	677 510	733 206	+ 55 696	11097744 10253550
Loc. Vereine (sozdem.)	9360	10000	+ 640	—
Giro- Dunderide Gewerbe- vereine . . .	96705	102851	+ 6046	800434 3220970
Christliche- gewerkschaften Unabhängige — Christl. — Gewer- kosten . . .	84697	84652	— 15	469010 935086
Unabhängige Vereine . . .	90412	105248	+ 14836	358054 237563
Zumma	49651	50505	+ 6044	478407 1428764
Zumma	1008365	1092612	+ 84277	12800449 14075012

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 19. August 1903.

* Nörgel um jeden Preis. Das „Leipz. Tagebl.“ ärgert sich: „Angesichts der fanatischen Beharrlichkeit, mit der die Ultramontane ihre katholische Parteigemeinschaft fortwährend über alle Staatsinteressen stellt, wird da auch einmal eine halbamtliche Etikettfrage zu regeln sein. Zu ihrer Begründung des neuen Papstes gebrauchte die „Nordd. Allg.“ mit einer gratulierenden Verbeugung u. a. die Wendung „unsere katholischen Mitbürger“. Der Berliner Offizialismus stellt sich damit offenbar, wenn auch sehr tolerant, auf den Standpunkt eines regierenden Protestantismus, der neben seinen evangelischen Staatsbürgern auch eine besondere Masse von katholischen Staatsbürgern kennt und akzeptiert. Abgesehen davon, daß die Reichsverfassung einen solchen Unterschied amtlich gar nicht kennt, müssen die Ultramontane in dieser auch bei so feierlichem Aulasse wiederkehrend hochoffiziösen Wendung eine Anerkennung ihres katholischen „Staates im Staate“ erblicken, die ihre Auffassung nur noch stärken kann.“ Dann wünscht das Tageblatt, daß den „Offiziösen“ dieses häßliche Dieners vor der sächsischen Regierung rasch und gründlich abgewöhnt werden sollte. Zu sagen, „die Ultramontane stellen ihre katholische Parteigemeinschaft fortwährend über alle Staatsinteressen“ ist eine Behauptung und nichts weiter; sie zu widerlegen hat keinen Zweck, da auch der starke Gegenvorwurf am jenseitigen „Ich will nicht“ abprallen würde. Späthoff will es, daß das Tageblatt der „Nordd. Allg. Blg.“ unterzuhören sucht, sie stelle sich „auf den Standpunkt eines regierenden Protestantismus“. Ja, das paßt dem kulturmäßigeren Platz! Aber daß die Norddeutsche es wagt, von „katholischen Mitbürgern“ zu sprechen, diese also nicht bloß als lebendige Menschen, als tatsächlich existierende Staatsbürger anzuerkennen, ja sogar als gleichberechtigte Deutschen andeutet, das darf das Tageblatt nicht leiden. Und so liest es der Norddeutsche wieder einmal gründlich den Teuf und hält ihr vor, daß in solchen Aussprüchen die Ultramontane die „Anerkennung ihres katholischen Staates im Staate erblicken“ müßten. Hätte es die Norddeutsche gewagt, in dem betreffenden kleinen Artikel bezüglich des Papstes von Mitbürgern im allgemeinen (also incl. den protestantischen) zu sprechen, welcher Ton des Tageblattes wäre dann auf die arme Berlinerin losgewettet. Das möchte die Norddeutsche gehabt haben und wendet sich daher in Papstangelegenheiten nur an die „katholischen Mitbürger“. Das ist aber auch nicht recht, sogar ein „häßliches Dieners vor der sächsischen Regierung“, das „den Offiziösen (d. h. den Norddeutschen) rasch und gründlich abgewöhnt werden“ muß. Es wird der genannten offiziösen Zeitung nichts anderes übrig bleiben, als bei dem „Leipziger Tageblatt“ einen Kurzus in politischer „Klarheit“, „Toleranz“ und „Umsicht“ zu nehmen. Vielleicht aber besser doch nicht; der Reichsangestalter könnte sie sonst als Witkops auf- und davonjagen.

* Zwei Abgesandte des Königs Peter von Serbien sollen sich angeblich zur Zeit hier in Dresden

aufzuhalten, um eine Million Mark aufzutreiben, nachdem dies in Pest und Wien nicht gelungen ist.

* Landtagsnachrichten. Der bisherige Abgeordnete des 19. ländlichen Landtags-Wahlkreises (Großenhain-Nieß) Rittergutsbesitzer Richter-Vasely, welcher den Kreis seit 25 Jahren im Landtage vertreten und der jetzt im 77. Lebensjahr steht, hat eine Wiederwahl bestimmt abgelehnt. Wie verlautet, werden nun die Gütsbesitzer vom Landtage aus Pößnitz bei Priestewitz, Vorsitzender des Bundes der Landwirte im 7. jährlichen Reichstagswahlkreise, und Gütsbesitzer Greulich aus Gröba bei Nieß als Landtags-Kandidaten aufgestellt werden.

* Das schreckliche Zentrum! Im „Leipz. Tagebl.“ lesen wir: „Vom Übermut des Zentrums weiß der äußerste Süden unseres Landes, Konstanz, ein Liedchen zu singen. Jetzt, nach neuen Wochen des Wahltaages, will die dortige Zentrumsleitung eine großartige Siegesfeier durch Veranstaltung eines Zuges — mit Musik an der Spitze — durch die Stadt begehen und fordert die Bürger auf, Häuser und Straßen, durch welche der Zug marschiert, zu bestecken! Dabei hat die Stadt Konstanz, wo jetzt das Zentrum eine Siegesfeier veranstalten will, nur ein Drittel ihrer Stimmen für den Zentrums-Kandidaten abgegeben, zwei Drittel für den liberalen Kandidaten! Die Aufforderung, Häuser und Straßen für die nachträgliche „Siegesfeier“ des Zentrums zu bekränzen, ist doch weiter nichts, als eine Verhöhnung der liberalen Bürgerlichkeit! — Es ist nur merkwürdig, daß der Bodensee nicht im Sinn ob solcher „Verhöhnung“ der guten alten Stadt Konstanz aufbraust und die schwarzen Siegesfeierer militärisch der Musik — diese ja nicht zu vergessen — hinwegsegeln; am „Tageblatt“ liegt es sicher nicht, daß der See sich zu solch liberaler Entrüstung nicht aufzuwingen vermöge. Die Zehntausend-Riedelstafel Geldstück liegt nicht allzu weit vom Bodensee — das nichts-nugige Gewässer wird doch nicht etwa ...? Doch Scherz beiseite! Wir meinen aber doch, politische Blätter sollten in der stillen Zeit idyllisch immer noch lieber zur Seeschlange greifen als zu solchem Kinderkram.“

* Vom katholischen Arzt in der Lausitz. In sächsischen Blättern lesen wir: „Der Beschwerde darüber, daß in einer katholischen Gemeinde Württembergs der Verdacht gemacht worden sei, sich des dortigen Arztes zu entledigen, weil er den sonntäglichen Gottesdienst nicht besucht, wird die Behauptung entgegengesetzt, daß hinsichtlich derartiger Intoleranz die Protestanten den Katholiken nichts vorzuwerfen hätten. Als schlagender Beweis für diese Behauptung wird folgende Anzeige angeführt: „Langjährige Praxis im Städtchen Schlesien mit ca. 10000 M. jährlicher Einnahme an evangelischen Kollegen (Reserveoffiziere) zum September abzugeben.“ Es gehört eine große Überläufigkeit dazu, diese Annonce als Vergleich heranzuziehen. Man könnte doch nur dann von Intoleranz sprechen, wenn etwa der Magistrat des betreffenden Ortes eine Annonce erließt, in der er die evangelische Konfession und den Charakter als Reserveoffizier zur Bedingung mache.“ — Wie die Sache in Württemberg liegt, wissen wir nicht genau; kommt auch momentan nicht darauf an. Aber wir sind berechtigt, aus dem Obigen den Satz herauszutrennen: „Man könnte doch nur dann von Intoleranz sprechen: „Man könnte doch nur dann von Intoleranz sprechen, wenn etwa der Magistrat eines Ortes eine Annonce erließt, in der er die evangelische Konfession zur Bedingung mache.““ Nun gut! An der soviel beanspruchten Annonce der „Sächsischen Volkszeitung“, betreut „katholischer Arzt in der Lausitz gefunden“, war der Magistrat in keiner Weise beteiligt. Aufgeber waren Privatleute. Also kann hier nicht von Intoleranz auf katholischer Seite gesprochen werden. Was dem einen recht, ist dem anderen billig.“

* Herr Redakteur Jahnbad schreibt der „Dr. Blg.“: „Die Mitteilungen über die beabsichtigte Gründung einer Tageszeitung entsprechen nicht den Tatsachen. Zunächst ist festzustellen, daß weder Herr Geh. Hofrat Dr. Wehner, noch irgend eine politische Partei mit der Neugründung etwas zu tun hat. Herr Geh. Rat Wehner gehört weder dem Gründungskonsortium an, noch ist er finanziell an dem Unternehmen beteiligt. Ferner entspricht es nicht der Wahrheit, wenn gesagt wird, das neue Blatt solle agrarische Ideen propagaieren. Es handelt sich vielmehr um die Gründung einer Zeitung, die alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge aus den Lebensverhältnissen des Königreichs Sachsen bewertet. Hieraus ergibt sich schon von selbst, daß die Zeitung der hervorragenden sächsischen Industrie in erster Linie zu dienen bestimmt ist. Schließlich sei noch bemerkt, daß Herr Direktor Bauer schon vor Wochen aus dem Gründungskonsortium ausgeschieden ist.“

* Die streitenden Ösenfeier beschlossen, die Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters Geh. Finanzrat a. D. Beutler anzurufen, da die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu einem Ergebnis nicht geführt haben. Sollte auch durch diese Vermittlung nichts zu erreichen sein, will man den Generalstreik fortführen. 120 Ösenfeier arbeiten bereits wieder.

* Eine Verordnung, betr. die drahtlose Verwendung elektrischer Ströme, ist neuerdings auch für Sachsen erlassen worden. Da neuerdings Versuche gemacht worden sind, elektrische Funkenwellen nicht nur zu telegraphischen oder telefonischen Zwecken, sondern auch zur Fernübertragung sonstiger Stromkreise, z. B. zur Ingangsetzung von Motoren, Betriebsmaschinen, Lampenkreisen, sowie zur Auslösung von Schlagwaffen usw., zu verwenden, haben jüngst die Ministerien des Innern und der Finanzen u. a. folgendes verordnet: Einrichtungen für drahtlose elektrische Fernwirkungen zu telegraphischen Zwecken, soweit deren Errichtung und Betrieb nach dem Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches vom 6. April 1892 nicht ausschließlich dem Reiche zusteht, bedürfen der Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen. Andere Einrichtungen für drahtlose elektrische Fernwirkungen werden genehmigt, sofern sie polizeilichen Genehmigung nach Maßgabe der Verordnung, die Sicherung der telegraphischen und telefonischen Leitungen gegen Betriebsstörung durch andere elektrische Leitungen betreffend, vom 12. Oktober 1883, Anlagen von geringer Wirkungsstärke, deren gesamter Ve-